



Amtsgericht Bergheim

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll am

**Donnerstag, 10.07.2025, 09:00 Uhr,
1. Etage, Sitzungssaal 107, Kennedystr. 2, 50126 Bergheim**

folgender Grundbesitz:

**Grundbuch von Stommeln, Blatt 3914,
BV lfd. Nr. 2**

Gemarkung Stommeln, Flur 004, Flurstück 667, Gebäude- und Freifläche,
Cäcilienstraße 11, Größe: 453 m²

**Grundbuch von Stommeln, Blatt 3914,
BV lfd. Nr. 4**

Gemarkung Stommeln, Flur 004, Flurstück 668, Gebäude- und Freifläche,
Cäcilienstraße 11, Größe: 1 m²

versteigert werden.

Flurstück 667: Bebaut mit einem freistehenden, teilunterkellerten, eingeschossigen Zweifamilienhaus, überwiegend mit ausgebautem Dachgeschoss, tlw. mit einem Flachdach als Dachterrasse, sowie mit einer PKW-Garage.

Flurstück 668: Unbebaute Kleinparzelle (Teil der Außenanlagen).

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 04.07.2024 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

686.600,00 €

festgesetzt.

Die Einzelwerte betragen:

- Gemarkung Stommeln Blatt 3914, lfd. Nr. 2 686.000,00 €
- Gemarkung Stommeln Blatt 3914, lfd. Nr. 4 600,00 €

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.